Nr. 21 XXVII. Jahrgang

Donnerstag, 23. Januar 1919

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 13 6 38, 13 8 97. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen:
Die einspaltige Kolonelzeile sowie für Dresden und Vororte 35 Pf., für auswärts 40 Pf., die zweispaltige Reklamezeile M 1.50, mit Plazvorschrift M 2.— Für Listen- oder Kunstsatz 50% Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresumsätzen Ermäßigung nach festgelegten Sätzen. Briefgebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 30% Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unseren Tarifsätzen an.

Bezugspreis:
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.40, vierteljährlich M. 4.20.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M 1.40, vierteljährl. M 4.20
„ B mit „Illustr. Neueste" „ 1.55, „ „ 4.65
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. Kr. 2.32, vierteljährl. Kr. 6.96
„ B mit „Illustr. Neueste" „ 2.48, „ „ 7.42
Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. M 1.10. Einz. Numm. 10 Pf.

Die Probleme der Friedenskonferenz

z. Genf, 22. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die „Morning Post" meldet aus Paris: Die Alliiertenkonferenz wird sich am Sonnabend mit dem Antrag der Herbeiführung einer internationalen Befragung Wilhelms II. und seiner Schuldigen zu befassen haben. Für den Antrag ist eine überwältigende Mehrheit als sicher anzunehmen. Es ist jedoch möglich, daß der Antrag einer juristischen Sonderkommission der Alliierten überwiesen wird.

„Daily Mail" meldet: Die englische Regierung hat ihr Desinteressement an dem Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland den Alliierten erklärt. Sie macht jedoch ihre endgültige Stellungnahme von dem gemeinsamen Beschluß der Alliierten abhängig.

„Secolo" meldet aus Paris: Der Konferenz der Alliierten sind Ersuchen des Papstes und zweier neutraler Staaten zugegangen auf Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen bis Friedensschluß.

Dasselbe Blatt meldet ferner: Italiens Ansprüche auf die Einbeziehung slawischer Grenzbezirke in das großitalienische Reich findet bei einigen Alliierten Widerhand. Es ist zu hoffen, daß die weiteren Verhandlungen die strategische Notwendigkeit der italienischen Forderungen zur Geltung bringen wird. — Dem „Corriere della Sera" ist zu entnehmen, daß die italienischen Grenzansprüche bis Laibach und Innsbruck gehen.

Der „Temps" veröffentlicht eine große Anzahl von Erklärungen größerer, mittlerer und kleinerer Ententestaaten über ihre Forderungen auf der Friedenskonferenz. Der litauische Unterstaatssekretär Rosenbaum setzt die Grenze Litauens folgendermaßen fest: Die alten russischen Gouvernements Kowno, Wilna, Nowno, Mohilew, Witewsk, ein Teil des Gouvernements Suwalki, ferner von Ostpreußen Memel, Tilsit und Gumbinnen. In einem neuen Interview begründet Venizelos die Ansprüche Griechenlands auf Thrazien und Konstantinopel, das griechisch werden müsse, sofern es nicht internationalisiert werde, auf keinen Fall aber türkisch bleiben könne. Venizelos fordert ferner Brussa und Aigin in Asien, ferner die kleinasiatischen und ägäischen Inseln. Als chinesische Forderung nennt das in Paris erscheinende „Echo de Chine" die Rückgabe der Gebiete von Klautschau und Tsingtau, Verlängerung des Vertrages von Weihaiwei und Prüfung der Frage der Oeffnung der Mongolei und Tibets für den Handel.

Der französische Botschafter in Rußland, Noulant, erklärte vor der Friedenskonferenz eine Intervention der Verbündeten in Rußland für unbedingt notwendig, um der bolschewistischen Anarchie ein Ende zu machen. Auch der dänische Gesandte in Rußland Scavenius ist für die unbedingte Notwendigkeit einer Alliierten-Intervention in Rußland.

Der Bericht Coupés wird Donnerstag in der französischen Kammer und im Senat namens der mit dem Studium der wirtschaftlichen Organisation nach dem Kriege betrauten Kommission zur Verteilung gelangen. Die Kommission verlangt für die Friedensverhandlungen, daß die bevollmächtigten Vertreter von technischen Beiräten begleitet seien. Das Saarkohlengebiet müsse als Teil von Elsaß-Lothringen betrachtet, die Schiffahrt auf dem Rhein freigemacht und der Hafen von Straßburg entwickelt werden. Die Schadenvergütung müsse vollständig sein und als Schadenersatz müssen Rohstoffe geliefert werden.

Reuters Sonderberichterstatter auf der Friedenskonferenz meldet, daß der Beschluß der Konferenz, wonach die den Völkerbund betreffenden Satzungen nur von den kriegführenden Mächten erörtert und festgelegt werden sollen, bei den dortigen Vertretern der neutralen Staaten beträchtliche Unzufriedenheit erzeugte. Sie bemerkten dazu, daß die Alliierten beabsichtigten, einen Völkerbund zu bilden, dann zu ihnen zu kommen und zu sagen, die Gesetze des Bundes sind die und die, ihr könnt dem Bunde beitreten oder auch nicht, wie es euch beliebt. Die Vertreter der neutralen Länder sind der Auffassung, daß ein unter solchen Bedingungen stattfindender Beitritt mit der Würde ihrer Länder nicht in Einklang zu bringen wäre.

„Daily Expreß" meldet: Der Kongreß ist weit wichtiger als die Kongresse von Wien, Frankfurt a. M. und Berlin, aber gerade deshalb ist es peinlich, feststellen zu müssen, daß das einzige, was man von dort mitnimmt, der Eindruck der Langeweile ist. Die Presse erhielt die Erlaubnis, den Vollversammlungen beizuwohnen, aber die eigentliche Arbeit wird in Sonderberatungen geleistet. Das Verbot gegen Unterredungen mit Mitgliedern der Konferenz wurde gemildert, so daß es möglich ist, zu erfahren, wie und warum der Kongreß zu verschiedenen Entschlüssen gelangte. Darin liegt die Erkenntnis, daß die äußerste Geheimhaltung unvereinbar mit den Forderungen des Zeitgeistes ist. Durch viele Gespräche gewann der Korrespondent die Ueberzeugung, daß der Kongreß seine Arbeiten viel früher, als allgemein erwartet war, abschließen und den Friedensvertrag unterzeichnen werde, vorausgesetzt, daß die Wahlen in Deutschland eine sichere und verantwortliche Regierung schaffen. Da man dies annimmt und die Entwicklung in Deutschland den Verbündeten Grund gibt zu dem Glauben, daß es die Verpflichtungen erfüllen kann, die ihm der Friedensvertrag auferlegt, darf man annehmen, daß die deutschen Vertreter bereits in wenigen Monaten zu den Versammlungen einberufen werden. Diese Annahme wird durch das Gerücht bestätigt, Poincaré hoffe bereits im April die geplante Reise nach Amerika antreten zu können.

In der Pariser Presse, die in Opposition zur Regierung steht, macht sich ein immer heftigerer Widerspruch dagegen geltend, daß Clemenceau und einige ihm völlig untergeordnete Minister im Namen Frankreichs ohne Mitberatung der Volksvertretung die Friedensverhandlungen führen, daß er außerdem verhindern will, daß das Land über die Verhandlungen unterrichtet wird, um es schließlich vor fertige Tatsachen zu stellen. „Um seinen Frieden zu machen", sagt der Deputierte Jean Hennessy in „l'Heure", „hat Clemenceau die öffentliche Meinung abgesperrt. Er allein will die Geschicke Frankreichs regeln. Niemand unter allen nachdenklichen Menschen wird bei ihm die nötigen Eigenschaften finden, um den Frieden abzuschließen. Er ist niemals ein aufbauender Geist gewesen." Auch im „Journal" spricht sich der Abgeordnete Damour gegen die Alleinherrschaft Clemenceaus in der Friedenskonferenz aus und verlangt, daß Clemenceau, ähnlich wie Jules Favre im Jahre 1871 von einer Kommission der Nationalversammlung, diesmal von einer Kammerkommission beraten werde.

Kurze Reise Wilsons nach Amerika

+ Rotterdam, 22. Januar. (Priv.-Tel.) Die jüngsten Ereignisse und der langsame Gang der Konferenz lassen es Wilson, der sich programmgemäß nach Amerika zurückbegibt, dringend notwendig erscheinen, schon kurz nach der letzten Sitzung des amerikanischen Kongresses wieder nach Paris zurückzukehren. Gewiß könnten unvorhergesehene Ereignisse in Amerika diese Pläne jederzeit umwerfen, aber im Augenblick ist es Wilsons Absicht, nur einige Wochen in Washington zu bleiben, um die dringendsten Geschäfte zu erledigen. Auffallend wird dabei betont, daß Wilsons Absicht durchaus nichts „mit ernsten Unstimmigkeiten zwischen den Alliierten zu tun" habe; ganz im Gegenteil.

Das Schiffahrtsabkommen mit der Entente

+ Berlin, 22. Januar. (Priv.-Tel.) Ueber die Bedeutung des deutschen Schiffahrtsabkommens mit der Entente, das besonders in manchen Reederkreisen sozusagen als ein Vertrag über den Raub unsrer Handelsflotte angesehen wird, wird von unterrichteter Stelle folgende Aufklärung gegeben: Da Marschall Foch das Schiffahrts- und das damit zusammenhängende Verpflegungsabkommen als ein conditio sine qua non für den Waffenstillstand bezeichnete, so blieb den deutschen Delegierten nichts anderes übrig, als sich bereit zu erklären, die deutsche Handelstonnage der internationalen Schiffahrt zur Verfügung zu stellen, damit auch Deutschland Verpflegungsmöglichkeiten erhalte. In dem Verpflegungsplan, der zunächst aufgestellt worden ist, sind für Deutschland etwa 200 000 Tonnen Brotgetreide und 70 000 Tonnen Fett vorgesehen. Das Schiffahrtsabkommen soll dazu dienen, diese und andere Lebensmittel, die in den Vereinigten Staaten genug vorhanden sind, in der richtigen Weise und schnell an die Verbraucher in den einzelnen Ländern gelangen zu lassen. In Trier ist zunächst nichts weiter abgemacht worden, als daß Deutschland so, wie die Ententestaaten es bereits getan haben und neutrale Staaten im Begriffe sind zu tun, die gesamte Handelstonnage der internationalen Schiffahrtsgesellschaft zu Verpflegszwecken zur Verfügung stellt. Die deutschen Schiffe bleiben deutsches Eigentum, werden mit deutschen Mannschaften bemannt, insofern nicht besondere Unzuträglichkeiten, zum Beispiel bolschewistische Bestrebungen, eine Ablösung wünschenswert erscheinen lassen.

Keine Milderung der Blockade

WTB. Berlin, 21. Januar. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist die von anderer Seite verbreitete Nachricht über die Aufhebung der Blockade unzutreffend. Es sind im Gegenteil alle erbetenen Milderungen glatt abgelehnt worden. So dürfen u. a. an Kohlenlieferungen für Dänemark keine Bedingungen geknüpft werden, und die Dampfer müssen sogar leer zurückkehren. Selbst die Bitte der deutschen Regierung um Freigabe des Seeweges, um Lebensmittel von Ostpreußen nach Mitteldeutschland zu befördern, wurde von der Entente abschlägig beschieden.

Die Wirkungen der Blockade während des Krieges auf die Sterblichkeit in Deutschland, namentlich vom Herbst 1916 bis Ende 1918 sind inzwischen genauer festgestellt worden. Die Zahlen sind weit höher, als bisher angenommen wurde. Es hat sich die erschreckende Tatsache ergeben, daß mehr als 800 000 Todesfälle lediglich auf die Ernährungsschwierigkeiten zurückzuführen sind. Die Feststellungen sind mit der größten Vorsicht getroffen und geben eher eine zu kleine als eine zu große Zahl. Nur Angehörige der Zivilbevölkerung sind gezählt worden. Die genauen Feststellungen sollen mit dem benötigten Material ausführlich veröffentlicht werden, um zu beweisen, daß es sich um keine falsche Propaganda, sondern um streng objektive Feststellungen handelt. Die mittelbaren Folgen der mangelhaften Ernährung, die sich u. a. in der erhöhten Sterblichkeit der nächsten Jahre deutlich zeigen werden, lassen sich nicht in Zahlen fassen.

Cecil über den Völkerbund

In einem Interview mit dem Korrespondenten der Associated Preß in Paris erklärte Lord Robert Cecil, daß Deutschland, Oesterreich, Bulgarien und die Türkei dem Völkerbunde beitreten können, sobald der Bund überzeugt sei, daß sie berechtigt seien, ihren Platz unter den zuverlässigen Nationen der Welt einzunehmen. Cecil sagte, wahrscheinlich würden sich aus der österreichischen Monarchie getrennte Einzelstaaten entwickeln. Auch hierbei müßten stabile, zuverlässige Regierungen geschaffen werden.

Unter französischer Besetzung

s. Mannheim, 22. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die neue Anordnung des Marschalls Foch, wonach die demobilisierten Militärpersonen nur dann die Genehmigung bekommen, in die neutrale Zone zu gehen und dort zu wohnen, wenn sie vor dem 1. August 1914 dort ihren Wohnsitz gehabt haben, hat in Mannheim, wo sie zuerst bekanntgeworden war, eine gewaltige Aufregung verursacht. Es werden von dieser Verordnung achttausend Personen betroffen. Gestern abend fanden vor dem Zeughaus große Kundgebungen statt. Der sozialdemokratische Abgeordnete Geck und andre Redner sprachen und veranlaßten gestern abend noch, daß sich das badische Ministerium mit dem französischen Kommandanten in Karlsruhe auseinandersetze. Der Kommandant erklärte aber, daß er auf strikter Durchführung der Verordnung bestehen müsse und daß er lediglich Anregungen über Milderungen weitergeben werde. Auch in Frankfurt werden von dieser neuen Verordnung Tausende betroffen.

In Wiesbaden wurde ein Arbeiter zu vierzehn Tagen Gefängnis verurteilt, weil er französischen Offizieren auf dem Bürgersteig nicht Platz gemacht hat. — Wie der „Mainzer Anzeiger" am Kopfe mitteilt, ist er auf Anordnung der französischen Militärbehörde für vierzehn Tage verboten worden. Ferner muß der Verlag 1000 M. Geldstrafe bezahlen, weil er eine Notiz aus der „Köln. Volksztg." über eine Differenz zwischen dem Marschall Foch und einem andern französischen General der Zensur vorlegte, also noch nicht einmal veröffentlicht hat.

Die französische Militärverwaltung des Kreises Bingen hat angeordnet, daß in allen Oberklassen der städtischen und ländlichen Volksschulen wöchentlich dreimal französischer Unterricht gegeben werden muß.

Die Vorgänge in Portugal und Spanien

Die Londoner Blätter erfahren aus Lissabon, daß der Senator Paiva Conceiro sich an die Spitze einer monarchischen Verschwörung in Oporto und Braga gestellt hat. Er rief Don Manuel zum König von Portugal aus. Der frühere König hat, wie berichtet wird, telegraphisch mitgeteilt, daß er die Bewegung mißbillige.

Wie aus Lissabon gemeldet wird, ergriff der portugiesische Ministerpräsident energische Maßregeln, um die Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten. Kriegsschiffe gingen nach Norden ab, und die Reservisten der ersten vier Divisionen wurden einberufen. Die Kommandanten und Offiziere der Garnisontruppen, der Marine, des Zolles und der republikanischen Garde in den Kasernen von Lissabon stellten sich auf die Seite der Regierung. Ein Marinebataillon wurde nach Coimbra gesandt und die Blockade der Stadt Porto befohlen.

Aus Barcelona meldet Havas: Trotz dem furchtbaren Generalstreik verlief der Tag ruhig und die Werkstätten blieben in Betrieb. Am Abend fand ein unbedeutender Zusammenstoß zwischen Catalonisten und Nationalisten statt. Etwa 20 Syndikalisten wurden verhaftet. Die Polizei schloß die Syndikalisten in den Industriezentren. Die meisten Arbeiterzeitungen hörten auf, zu erscheinen. Der Kreuzer „Alfonso 13" ankert im Hafen und andre werden dort noch erwartet.

Der Schutz des Ostens

Die Reichsregierung hat sich in den letzten Tagen mehrfach mit der Frage des Grenzschutzes im Osten beschäftigt. Es scheint jetzt endgültig festzustehen, daß Generalfeldmarschall v. Hindenburg die Leitung der zum Grenzschutz notwendigen Operationen übernehmen wird. Hindenburg hat auf ein Telegramm des Danziger Magistrats bereits geantwortet, daß von der Obersten Heeresleitung schon seit langem die Maßnahmen vorbereitet wurden, die für den Schutz der bedrohten Provinzen erforderlich sind und daß alles geschehen soll, um zu verhindern, daß die Stadt Danzig vom Deutschen Reiche losgelöst wird. Ueber den Ort des Hauptquartiers (u. a. wird Kolberg genannt) ist noch nichts entschieden worden. In Pommern, Ost- und Westpreußen sind freiwillige Volkswehren im Entstehen, die mit den bereits im Osten befindlichen Truppen vereinigt werden sollen.

Der polnische Vormarsch stockt

n. Danzig, 22. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Aus Thorn wird gemeldet: Der polnische Vormarsch ist an der ganzen polnischen Front zum Stillstand gekommen. Die Polen sind 10 Kilometer vor Bromberg steckengeblieben. Thorn ist bis jetzt überhaupt nicht bedroht. Der Druck des verstärkten und diesmal wohlorganisierten deutschen Widerstandes macht sich an der ganzen Front fühlbar.

Meutereien im tschechischen Heer

n. Wien, 22. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Gestern aus Prag eingelaufene Meldungen bestätigen die jüngst trotz der strengen Zensur durchgesickerten Gerüchte von wachsender Gehorsamsverweigerung tschechischer Truppen. Wegen wiederholter Beteiligung an Ausschreitungen mußten Truppen aus Prag versetzt werden. Das nach Josephstadt verlegte Prager ehemalige Infanterieregiment Nr. 28 und das im Lager von Milowitz untergebrachte Prager Schützenregiment Nr. 8 verlangen stürmisch, nach Prag zurückzukehren. Es kam zu einer offenen Meuterei. Eine große Zahl tschechischer Legionäre wurde gegen die meuternden Truppen zusammengezogen.

Das Wahlergebnis

Bisher liegen die amtlichen Ergebnisse noch nicht aus allen Wahlbezirken vor. Ein allgemeines Bild läßt sich aber bereits aus den bisher einigermaßen feststehenden Zahlen gewinnen.

WTB. Berlin, 21. Januar. Nach den nichtamtlichen Meldungen können bis heute 11 Uhr nachts als gewählt gelten 401 Abgeordnete aus 35 Kreisen. Es stehen noch die Ergebnisse zweier Kreise aus. Auf die Parteien verteilen sich die 401 Abgeordneten folgendermaßen:

Deutschnationale Volkspartei 33,
Christliche Volkspartei (Zentrum) 80,
Deutsche Volkspartei 22,
Deutsche Demokratische Partei 74,
Sozialdemokratische Partei 169,
Unabhängige Sozialdemokraten 23.

Es entfallen außerdem im Wahlkreise Schleswig-Holstein (14. Wahlkreis) ein Abgeordneter auf den Bauernbund und die Landarbeiterdemokratie, im Wahlkreise Hannover (16) ein Abgeordneter des Braunschweigischen Landesvereins. Außerdem sind zwei bayrische Bauernbündler in Oberbayern (24) und in Niederbayern (25), zwei Bauernbunds-, Weingärtner- und Bürgerpartei in Württemberg (31 und 32) und ein Welfe in Hamburg (37) gewählt.

kg. Berlin, 22. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Neuester Wahlbericht: Bis heute früh sind 412 Abgeordnete als gewählt gemeldet. Davon erhielten die

Sozialdemokraten 161,
Demokraten 75,
Zentrum 79,
Deutsche Volkspartei 22,
Deutschnationalen 33,
Unabhängigen 24.

k. Berlin, 22. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Wie die Korresp.-Gesellschaft zuverlässig erfährt, ist nach den bisher vorliegenden Wahlresultaten ungeachtet der enormen Erfolge der Sozialisten mit einer reinsozialistischen Mehrheit in der Nationalversammlung nicht mehr zu rechnen. Mit dieser Eventualität hat sich gestern bereits der Rat der Volksbeauftragten eingehend befaßt. Es ist, wie die Korrespondenz weiter erfährt, in den Grundsätzen einer vermehrten Heranziehung bürgerlicher Mitglieder in die Reichsregierung zugestimmt worden.

Ein Urteil über die Wirkung des Wahlergebnisses kann natürlich erst gefällt werden, wenn das endgültige Resultat festgestellt ist.

Die Verzögerung der Bekanntgabe

× Berlin, 21. Januar. Das Reichsamt des Innern beabsichtigte, über die Wahlergebnisse am Vormittag des 22. Januar im „Reichsanzeiger" eine amtliche Zusammenstellung herauszugeben, ist aber infolge des Streiks der Arbeiterschaft in den Berliner Elektrizitätswerken hierzu nicht in der Lage, da die Diensträume ohne Licht sind. Wann die Zusammenstellung bekanntgegeben werden kann, kann zur Zeit nicht mit Bestimmtheit gesagt werden.

Aus den Wahlkreisen

Aus den meisten Wahlkreisen haben wir bereits gestern die Ergebnisse mitgeteilt. Heute tragen wir die Meldungen aus den übrigen Wahlkreisen nach und wiederholen die Wahlkreisberichte, die bemerkenswerte Verschiebungen aufweisen:

4. Wahlkreis (Potsdam 1—9). Als gewählt gelten voraussichtlich: 5 Mehrheitssozialisten, 1 Unabh. Sozialist, 2 Deutsche Demokraten, 2 von den vereinigten Parteien, und zwar je ein Deutschnationaler und ein Mitglied der Deutschen Volkspartei.

7. Wahlkreis (Prov. Pommern). Endergebnis: Deutschnationale 187 007 (3 Sitze), Deutsche Volkspartei 86 952 (1), Deutsche Demokratische Partei 175 303 (2), Mehrheitssozialisten 327 849 (5), Unabhängige 14 580 (0).

8. Wahlkreis (Prov. Posen). Es erhielten die Deutsche Demokratische Partei 41 533 (4 Sitze), die Deutsche Volkspartei 20 874 (2), die Deutschnationale Volkspartei 36 028 (3), die Christl. Volkspartei 18 846 (1) und die Sozialdemokraten 17 588 (1).

13. Wahlkreis (Reg.-Bez. Merseburg). Endgültiges Ergebnis: Unabhängige Soz. 200 821 (5 Sitze), Mehrheitssozialisten 108 800 (1), Deutsche Demokratische Partei 161 184 (2), Deutschnationale Volkspartei 78 510 (1), Deutsche Volkspartei 17 753 (0), Christliche Volkspartei.

15. Wahlkreis (Aurich-Osnabrück-Oldenburg). Vorläufiges amtliches Ergebnis: Christl. Volkspartei 185 007 (2 Sitze), Deutsche Demokrat. Partei 181 284 (1), Deutsche Volkspartei 68 740 (1), Sozialdemokrat. Partei 149 401 (3).

16. Wahlkreis (Hannover-Hildesheim-Lüneburg-Braunschweig). Vorläufiges Gesamtergebnis: Mehrheitssozialisten 533 760 (7 Sitze), Vereinigte Deutsch-Hannoveranische Partei und Christliche Volkspartei 267 908 (4), Deutsche Demokratische Partei 101 062 (2), Deutsche Volkspartei 105 950 (1), Unabhängige Soz. 82 191 (1), Braunschweig. Landeswahlverein 58 675 (1), Deutschnationale Volkspartei 81 951 (0). 4 Stimmbezirke in Braunschweig fehlen noch, können aber das Gesamtergebnis nicht verändern.

17. Wahlkreis (Münster-Minden-Schaumburg-Lippe). Unabh. Sozialdemokraten 20 809, Zentrum 405 871, Mehrheitssozialisten 290 831, Deutschnationale 81 880, Demokraten 94 186, Volkspartei 62 007, Christl.-Soziale 630. Es entfallen auf die verbundenen Listen des Zentrums, der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei 8 Abgeordnete, davon auf das Zen-

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19190123/1